

Berlin, 17.04.2019

Krautreporter WPSEU 098/2019

Frage 1:

Wie schaffen wir die Energiewende? Wie schaffen wir den vollständigen Übergang von fossilen Energieträgern zu erneuerbaren Energien ohne Nutzung von Kernkraft mit dem Ziel, die Erderwärmung um maximal 1,5 ° Celsius ansteigen zu lassen?

Antwort:

Die SPD steht zu ihrer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen und setzt sich für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein. Um das Ziel des Pariser-Abkommens zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990). Sowie das langfristige Ziel der Treibhausgarneutralität bis 2050. Wir wollen weiterhin ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. Dazu gehört ein funktionierender europäischer Emissionshandel, den wir weiterhin sicherstellen werden. Dazu gehört auch die Einführung eines CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind. Um Innovationen zur Umstellung unserer Wirtschaft auf Klimaneutralität voranzutreiben, wollen wir die europäische Forschungsförderung darauf ausrichten und die Mittel dafür massiv aufstocken. Alle Sektoren müssen ihren Beitrag leisten.

Frage 2:

Wie bringen Sie eine nachhaltige, biologische Landwirtschaft voran? Was tun Sie, um Massentierhaltung, Artensterben, Umweltzerstörung und Verbrauchertäuschung endlich zu beenden in Europa? Was wollen Sie tun, um eine regional versorgende kleinbäuerliche Landwirtschaft vom Menschen für Menschen zu stärken?

Antwort:

Die SPD will die Agrarförderung vom Kopf auf die Füße stellen. Dazu braucht es eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Wir anerkennen, dass viele Landwirte gesunde Lebensmittel produzieren, Kulturlandschaften erhalten, natürliche Lebensgrundlagen schützen und zur nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume beitragen. Wir wollen sie dabei auch weiterhin unterstützen. Tier-, Natur- und Klimaschutz, die Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wahrung sozialer Standards müssen in Zukunft stärker die

Grundlage für die Förderung der europäischen Landwirtschaft sein. Unser Ziel ist die Bindung der Agrarförderungen an Kriterien, die den Menschen in den ländlichen Betrieben, den ländlichen Regionen sowie dem Tier- und Umweltschutz zugutekommen. Es gilt: „öffentliches Geld für öffentliche Güter“. Dabei ist die Größe des Betriebes unerheblich. Betrieben, die soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Kriterien nicht einhalten, werden Subventionszahlungen entzogen. Zudem muss in ganz Europa nach 2023 endlich Schluss sein mit dem Einsatz von Glyphosat und anderen schädlichen Pflanzengiften. Sie töten in kurzer Zeit viele Wildpflanzen und zerstören die Nahrungsgrundlage für Vögel und Insekten. Auch weitere Neonikotinoide, die nicht vom jüngsten EU-Verbot betroffen sind, gehören auf den Prüfstand. Zulassungsverfahren müssen neu justiert und Ausnahmetatbestände reduziert werden. Den Schutz von Bienen und anderen Bestäubern sehen wir als zentrales Versprechen an die nächste Generation.

Frage 3:

Globale Unternehmen verdienen Milliarden in Europa, profitieren von einer starken Volkswirtschaft und weltweit führenden öffentlichen Infrastruktur, die diesen Markt erst ermöglicht - zahlen dafür aber relativ wenig Steuern. Wie kann die EU diese Firmen angemessen besteuern und gegen Steuervermeidung vorgehen?

Antwort:

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Kampf gegen Steuerflucht mit allen Mitteln verschärft wird. Wer Milliarden erträge erwirtschaftet, muss angemessen besteuert werden und seinen fairen Anteil für die solidarische Gesellschaft leisten. Dies soll unter anderem durch automatische Meldepflichten für Banken, durch das Einfrieren verdächtiger Guthaben, aber auch durch verbesserte Strafverfolgung im Bereich der Steuerhinterziehung erfolgen. Die kriminelle Praxis, sich mit »Cum-Ex« und »Cum-Cum«-Geschäften auf Kosten der ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Vorteile zu erschleichen, muss effektiver verfolgt und schärfer bestraft werden. Wir wollen dazu eine europäische Sondereinheit aufbauen, die effektiv gegen Steuerbetrug vorgeht und Steuerhinterziehung konsequent verfolgt. Aber auch der Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze muss aufhören. Damit Europa in Steuerfragen gerechter wird, soll künftig die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs im europäischen Rat entscheiden. Die Lähmung durch einzelne Mitgliedstaaten die nur ihre Pfründe sichern wollen, muss aufhören. Es braucht innerhalb der EU eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Körperschaftsteuer bei den Unternehmen. Schließlich müssen alle einen fairen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwohls beitragen. Hierzu haben Deutschland und Frankreich gemeinsam die Initiative ergriffen und einen Vorschlag vorgelegt. Wir wollen diese Regelung gemeinsam mit unseren europäischen Partnern EU-weit einführen.

Frage 4:

Wie wird die EU in Zukunft verhindern, dass weitere Menschen im Mittelmeer sterben und Überlebende in Auffanglagern versauern? Wann wird eine menschenwürdige EU-Asylpolitik gefunden? Und wie genau sieht die dann aus?

Antwort:

Die SPD will, dass die EU die Seenotrettung stärker koordiniert und die Mitgliedstaaten dabei finanziell, technisch und personell unterstützt. Keine Frage, alle Mitgliedsstaaten haben ihren

Beitrag für eine leistungsfähige Seenotrettung im Mittelmeer zu leisten. Private Hilfsorganisationen dürfen nicht kriminalisiert werden, sie sollen aufgenommene Flüchtlinge unmittelbar in europäische Häfen ausschiffen dürfen. Auch um das Sterben auf dem Mittelmeer und auf anderen Fluchtrouten zu beenden, brauchen wir einheitliche und einfache Regelungen für legale Zuwanderung nach Europa, die sich nicht ausschließlich an ökonomischen Kriterien orientiert. Als Vorbild kann hier die deutsche Regelung für eine vereinfachte Arbeitsmigration für den Westbalkan dienen. Wir wollen, dass sich alle Mitgliedsstaaten Europas ihrer humanitären Verantwortung stellen und flüchtenden Menschen in Not Schutz und Zuflucht bieten. Daher braucht es eine Reform des Dublin-Systems, die Kriegsflüchtlinge schützt und das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt. Das Wahre des Asylrechts ist eine gemeinsame europäische Aufgabe, die solidarisch erfüllt werden muss. Sie darf nicht allein auf diejenigen Staaten mit einer Außengrenze verlagert werden. Das Dublin-System soll daher durch einen solidarischen Verteilungsschlüssel ersetzt werden. Bis zur Verabschiedung der Reform müssen einzelne aufnahmewillige Staaten oder Städte besser unterstützt werden.

Frage 5:

Wann kommt eine wirksame Finanztransaktionssteuer?

Antwort:

Die SPD hat diese Forderung schon lange im Programm. Seit 2010 steht das Thema Finanztransaktionssteuer in Europa auf der Tagesordnung, insbesondere auf Druck unserer sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament. Es wird daher höchste Zeit, dass bestehende Blockaden überwunden werden und wir diese Gerechtigkeitssteuer endlich durchsetzen. Wir haben zusammen mit Frankreich einen neuen Anlauf unternommen. Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer nach dem Vorbild der französischen Finanztransaktionssteuer in der EU einführen. Mit der Besteuerung von Transaktionen auf im Inland emittierte Aktien machen wir den ersten Schritt. Die Einnahmen dieser Steuer sollen der EU zufließen. Dies ist jedoch nur der erste Schritt. Unser Ziel bleibt eine umfassende Finanztransaktionssteuer. Diese soll alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie alle Devisentransaktionen umfassen.